

Außenhandel mit der Euro-Zone

Für die zwölf Teilnehmerstaaten an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)¹⁾, deren Wirtschaftsraum mittlerweile verkürzt häufig als Euro-Zone (siehe Textkasten „Die Euro-Zone“) bezeichnet wird, war das Jahr 2000 aus konjunktureller Sicht ein gutes Jahr. Nach Mitteilung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) konnte beispielsweise das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,4% erhöht und die Arbeitslosenquote auf 9,1% der Erwerbspersonen deutlich zurückgeführt werden. Zudem entwickelten sich privater und öffentlicher Verbrauch sowie die Bruttoanlageinvestitionen recht günstig, der Anstieg der Lohnstückkosten blieb moderat, obwohl die Verbraucherpreise, nicht zuletzt aufgrund der negativen Einflüsse der Tierseuchen, merklich anwuchs²⁾. Im laufenden Jahr 2001 wurde die wirtschaftliche Entwicklung trotz Steuererleichterungen in mehreren Ländern des Euro-Raums spürbar beeinträchtigt, da sich in den ölexportierenden Ländern aufgrund von Ölpreiserhöhungen erhebliche Kaufkraftverluste bemerkbar machten. Alles in allem ist eine deutliche Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Expansion angezeigt.

Florierender Außenhandel mit Ländern der Euro-Zone im Jahr 2000

Im Jahr 2000 betrug der Wert der rheinland-pfälzischen Ausfuhren 46,5 Mrd. DM und der Wert der Einfuhren 33,7 Mrd. DM. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Ausfuhren damit um 5,7% und die Einfuhren sogar um 10,4%. Während ausfahrseitig vor allem die Lieferungen in außereuropäische Wirtschaftsräume zulegen, waren es einfahrseitig insbesondere die EU-Mitgliedstaaten, aus denen deutlich mehr Waren und Dienstleistungen stammten als 1999.

Innerhalb Europas, das 2000 gut sieben Zehntel der Ausfuhren (33,6 Mrd. DM; +2,6% gegenüber 1999) aufnahm, steigerte die rheinland-pfälzische Exportwirtschaft den Wert ihrer Versendungen in die Euro-Zone (21,3 Mrd. DM) um 3%. Hier trugen die Geschäfte mit Kraftfahrzeugen, Kfz-Teilen und Kfz-Zubehör, die sogar um gut 10% ausgeweitet werden konnten, maßgeblich zum positiven Gesamtergebnis bei. Indes lassen die Exporte in den Euro-Raum nennenswerte Rückgänge bei chemischen und elektrotechnischen Enderzeugnissen erkennen.

Innerhalb der Euro-Zone nahmen vor allem Griechenland, Luxemburg, Österreich, Italien und Spanien deutlich mehr Waren auf als 1999. Die Exporte in die Nicht-Euro-Zone, das sind die EU-Länder Großbritannien, Dänemark und Schweden, sanken im Gegensatz zum positiven Verlauf im Euro-Raum um 7,4%. Die rückläufige Exportentwicklung in die Nicht-Euro-Zone konzentriert sich auf Großbritannien und Schweden; sie resultierte im Wesentlichen aus der dort schleppenden

Nachfrage nach Enderzeugnissen. Hierbei sind vor allem überdurchschnittlich hohe Einbußen bei Kraftfahrzeugen, Kfz-Teilen und Kfz-Zubehör sowie bei chemischen Produkten erkennbar.

Gut 78% der rheinland-pfälzischen Einfuhren (26,4 Mrd. DM; +11,2% gegenüber 1999) stammten 2000 aus europäischen Ländern. Aus dem Euro-Wirtschaftsraum wurden Waren im Wert von 18,1 Mrd. DM (+10,2%) importiert. Hohe Importzuwächse bei chemischen Halb- und Enderzeugnissen sowie Metallvorerzeugnissen finden hierbei die hohen Importrückgänge bei ernährungswirtschaftlichen Produkten mehr als auf. Innerhalb der Euro-Zone kommen immer mehr rheinland-pfälzische Importgüter aus Luxemburg, den Niederlanden, Portugal und Irland. Importe aus Griechenland, Italien und Finnland blieben deutlich hinter dem Vorjahresergebnis zurück.

Einfuhren aus der Nicht-Euro-Zone (2,6 Mrd. DM) konnten im Jahr 2000 lediglich um 2,3% zulegen. Trotz einer spürbaren Aufwärtsentwicklung bei pharmazeuti-

Ausfuhr und Einfuhr 1999 und 2000 nach ausgewählten Ländern und Ländergruppen

Ländergruppe Land	1999	2000 ^P	Ver- ände- rung
	1 000 DM		%
Ausfuhr			
Insgesamt	43 943 395	46 458 930	5,7
darunter			
Europäische Union	25 843 508	26 080 693	0,9
Euro-Zone ¹⁾	20 632 705	21 254 781	3,0
darunter			
Frankreich	6 300 674	6 319 161	0,3
Italien	3 463 784	3 653 520	5,5
Belgien	2 741 713	2 818 447	2,8
Niederlande	2 534 797	2 522 452	-0,5
Spanien	2 159 247	2 277 728	5,5
Nicht-Euro-Zone	5 210 803	4 825 913	-7,4
darunter			
Vereinigtes Königreich	3 692 896	3 399 338	-7,9
EFTA-Länder	1 842 917	2 020 580	9,6
Mittel- und osteuropäische Länder	4 108 450	4 359 821	6,1
NAFTA-Länder	3 858 543	4 514 002	17,0
darunter USA	3 248 503	3 770 498	16,1
China	710 378	883 912	24,4
Japan	917 107	1 166 894	27,2
Einfuhr			
Insgesamt	30 543 529	33 728 691	10,4
darunter			
Europäische Union	18 973 547	20 706 811	9,1
Euro-Zone ¹⁾	16 421 607	18 096 947	10,2
darunter			
Niederlande	3 446 269	4 705 027	36,5
Frankreich	4 690 275	4 591 612	-2,1
Belgien	2 602 683	3 050 629	17,2
Italien	2 406 810	2 083 250	-13,4
Spanien	1 273 937	1 474 234	15,7
Nicht-Euro-Zone	2 551 940	2 609 864	2,3
darunter			
Vereinigtes Königreich	1 412 935	1 257 464	-11,0
EFTA-Länder	1 271 739	1 265 363	-0,5
Mittel- und osteuropäische Länder	3 137 658	4 033 834	28,6
NAFTA-Länder	2 296 229	2 425 853	5,6
darunter USA	1 980 519	1 979 933	0,0
China	891 586	1 019 160	14,3
Japan	946 262	831 052	-12,2

1) Griechenland wurde als zwölfter Teilnehmerstaat zum 1. Januar 2001 in die Euro-Zone aufgenommen. In den Jahresergebnissen 1999 und 2000 sowie in den betrachteten Monatsergebnissen der Jahre 2000 und 2001 wurde der Außenhandel mit Griechenland zwecks besserer Vergleichbarkeit bei der Abgrenzung der Euro-Zone immer berücksichtigt.

2) Vgl. DIW-Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Europäische Währungsunion: Das schnelle Ende eines kräftigen Aufschwungs, in: Wochenbericht 28-29/2001, S. 431ff.

1) Euro-Zone einschließlich Griechenland.

Die Euro-Zone

Die Teilnehmerstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), deren Wirtschaftsraum verkürzt häufig als Euro-Zone bezeichnet wird, haben mit der Einführung einer gemeinsamen Währung innerhalb der Europäischen Union (EU) und dem Wegfall von Umtauschkosten und Wechselkursrisiken eine Förderung der Wachstumskräfte zum Ziel und wollen zusätzliche Impulse für den europäischen Integrationsprozess schaffen. Die Teilnahme an der EWWU hängt von der Erfüllung der Konvergenzkriterien ab, die aus Anforderungen an die Preisstabilität, die Haushaltsdisziplin, die Zinshöhe und die Wechselkursstabilität bestehen und im Vertrag von Maastricht genau definiert und quantifiziert wurden. Seit dem 1. Januar 1999 gehören nach einem Beschluss der Staats- und Regierungschefs der EU die Mitgliedstaaten Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien zur EWWU. Es war ebenfalls der Europäische Rat, der im Juni 2000 den Beschluss fasste, dass Griechenland zum 1. Januar 2001 in die Euro-Zone aufgenommen wird. Vor dieser Entscheidung hatten bereits die Europäische Zentralbank (EZB), die EU-Kommission und die EU-Finanzminister Griechenland bescheinigt, die Beitrittsbedingungen zu erfüllen. Nur Großbritannien, Dänemark und Schweden, die im vorliegenden Beitrag als Nicht-Euro-Zone bezeichnet werden, zögern vor allem aus politischen Gründen, an der EWWU teilzunehmen, auch wenn sie weitgehend die wirtschaftlichen Kriterien erfüllen.

Mit dem 1. Januar 1999 als Stichtag für den Start der EWWU begann bereits der Zahlungsverkehr in Euro, der zunächst nur als Buchgeld eingeführt wurde. Die EZB, die im Juni 1998 gegründet wurde und in Frankfurt am Main ihren Sitz hat, ist seither zusammen mit den Notenbanken der Mitgliedstaaten der EWWU für die Geldpolitik und die Preisniveaustabilität zuständig. Außerdem wurden die Wechselkurse anhand der Leitkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) fixiert. 1 Euro entspricht demnach 1,95583 Deutsche Mark. Erst ab dem 1. Januar 2002 wird der Euro als Bargeld zur Verfügung stehen und die nationalen Währungen der EWWU-Teilnehmerländer unter Berücksichtigung einer Übergangsphase ersetzen.

schen Erzeugnissen, Kraftfahrzeugen und Holzwaren konnte alles in allem kein höherer Zuwachs ausgewiesen werden, weil der ungünstige Verlauf im Importgeschäft mit chemischen Vorerzeugnissen, Maschinen und elektrotechnischen Endprodukten sehr nachhaltig ausfiel. Wie bereits ausfuhrseitig zu beobachten war, entwickelte sich auch einfuhrseitig der Handel mit Großbritannien ausgesprochen negativ. Auf der anderen Seite lassen deutlich mehr Lieferungen aus Schweden und Dänemark die Außenhandelsgeschäfte mit der Nicht-Euro-Zone als sehr uneinheitlich erscheinen.

Zuletzt überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten bei Einfuhren aus der Nicht-Euro-Zone

Im Zeitraum von Januar bis August 2001 expandierten die rheinland-pfälzischen Exporte insgesamt um 8,5%, während die Exporte in die Euro-Zone überdurchschnittlich stark um 10,3% zulegten. Die Nicht-Euro-Zone nahm um 3,3% mehr Waren auf als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. In Bezug auf den Euro-Raum waren die Ausfuhrzuwächse im Handel mit Spanien und Belgien von besonderer Bedeutung. Auf Bundesebene entwickelten sich die Ausfuhren in die Euro-Zone in den ersten acht Monaten 2001 zwar positiv, blieben aber unterdurchschnittlich.

Einfuhrseitig ergibt sich ein anderes Bild: Von Januar bis August 2001 erhöhten sich die rheinland-pfälzischen Importe insgesamt um 4,7%; die Importe aus den Euro-Ländern wiesen jedoch lediglich ein Plus von 1,4% aus. Aus der Nicht-Euro-Zone wurde hingegen wertmäßig ein knappes Drittel mehr eingeführt, wobei alle drei Länder Großbritannien, Dänemark und Schweden mit überdurchschnittlich hohen Zuwachsraten zu diesem guten Ergebnis beitrugen. Für Deutschland, das in den genannten acht Monaten 2001 ein insgesamt um 8% höheres Einfuhrergebnis erzielte, lassen sich noch bessere Importgeschäfte mit den Euro-Ländern (+11,6%) ablesen, während der Importanstieg aus der Nicht-Euro-Zone bei 5,7% lag.

Dem Außenhandel mit den Teilnehmerländern der EWWU kommt eine große Bedeutung zu, denn zu den maßgeblichen Vorteilen und Chancen der EWWU zählen insbesondere die niedrigeren Transaktionskosten, höhere Kalkulationssicherheit, Preistransparenz und Wettbewerbsintensität, die Beseitigung von Wechselkursschwankungen zwischen den Währungen der Teilnehmer, Stärkung des Europäischen Binnenmarktes sowie die abgestimmte europäische Wirtschaftspolitik. Hiervon könnte auch die Entwicklung des Außenhandels positiv beeinflusst werden.

Diplom-Ökonom Rainer Klein